

Rede zur Gedenkveranstaltung anlässlich des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau

Seebrücke Würzburg

19. Februar 2021

Redebeitrag der Seebrücke zur Hanau-Gedenkkundgebung am 19.02.21 Am 19. Februar erschoss ein rechtsextremer Attentäter aus rassistischen Motiven 9 Menschen in der hessischen Stadt Hanau. Die offensichtlich rassistische Tat reiht sich damit in eine Vielzahl terroristischer Anschläge aus der rechtsextremen Szene in der jüngeren Vergangenheit ein. Als wären diese rassistischen Morde nicht schon schlimm genug, macht auch das strukturelle Versagen verantwortlicher Behörden fassungslos. Die von Angehörigen und Überlebenden gegründete Initiative 19. Februar beschreibt die Kette des Versagens folgendermaßen: “Viele der Verhaltensweisen der Ermittlungsbehörden, vor, während und nach der Tatnacht, lassen sich nur durch den strukturellen Rassismus erklären. Die wenigen Konsequenzen, die nach dem rassistischen Terroranschlag gezogen wurden, lassen an einem wirklichen Umdenken große Zweifel aufkommen.”

Auch die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen übt an der Aufarbeitung rassistischer Anschläge deutliche Kritik.: “Immer noch wird nach rassistischen Taten die These vom Einzeltäter verbreitet, obwohl klar ist, dass Rassismus institutionell und strukturell in der Mitte der Gesellschaft vorhanden ist und von dort auch bekämpft werden muss.“ Der rassistisch motivierte Anschlag in München 2016, bei dem ein rechtsradikaler Täter 9 Menschen in einem Einkaufszentrum tötete, wurde erst drei Jahre nach dem Anschlag als rechtsradikale Tat beurteilt, obwohl der Täter bereits ein Jahr vor seinem Attentat ein rassistisches Manifest verfasst hatte. In diesem Text bezeichnete er Migrant*innen u.a. als Untermenschen und Kakerlaken. Seinen Anschlag verübte er außerdem am Jahrestag des rechtsterroristischen Amoklaufs in Utoya und Oslo, bei dem 77 Menschen getötet wurden. Trotzdem wurde die Tat von Ermittler*innen drei Jahre lang als “Racheakt” eingestuft, hervorgerufen durch, Zitat, “Mobbing durch türkischstämmige Jugendliche”. Alleine diese Aussage ist ein Paradebeispiel von behördlichem Rassismus und schlicht schockierend.

Von München nichts gelernt, gilt exakt das Gleiche für die Ermittlungen nach dem Hanau-Anschlag. Nach Erkenntnissen der BKA-Ermittler soll der Täter keine typisch rechtsextreme Radikalisierung durchlaufen haben - das soll auch die Befragung von Nachbarn, Bekannten und ehemaligen Kolleg*innen ergeben

haben. So sei der Täter in der Vergangenheit nicht durch rassistische Äußerungen oder Verhalten aufgefallen. Im Gegenteil: Einem nicht-weißen Nachbarn soll er mehrfach geholfen haben. Außerdem habe er in einer Fußballmannschaft gespielt, die, Zitat: “überwiegend aus Spielern mit Migrationshintergrund bestand”. Demnach sei Rassismus nicht der dominierende Aspekt der Weltanschauung des Täters gewesen, so die Einschätzung des BKA.

Das alles klingt wie ein übler Scherz - weil das Umfeld des Täters nicht ausschließlich aus weißen Personen bestand, kommt das BKA zu dem Entschluss, dass er keine von Rassismus dominierte Weltanschauung gehabt haben kann. Solche Rückschlüsse machen nicht nur fassungslos. Sie tragen auch dazu bei, dass sich institutioneller und struktureller Rassismus immer weiter in unserer Gesellschaft verfestigt.

Terroristische Anschläge wie der in Hanau sind dabei der allerletzte Schritt einer langen Entwicklung und lediglich die Spitze des Eisbergs rassistischer Behandlungen und Vorfälle, die sich durch alle gesellschaftlichen Schichten und administrativen Prozesse ziehen. Die erhöhte Polizeipräsenz, die Bundesinnenminister Seehofer nach dem Hanau-Anschlag deutschlandweit angeordnet hat, löst keines dieser Probleme, ist pure Augenwischerei, und kommt dennoch keinesfalls überraschend. Horst Seehofer würde vermutlich sehr vieles in Kauf nehmen, um eine umfassende Studie zu Rassismus in der deutschen Polizei zu verhindern. Das passiert nicht zuletzt deshalb, weil er seine unmenschliche Politik gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten weiter umsetzen will. Und er kommt damit durch - anstatt strukturelle rassistische Strukturen aufzudecken und von der Wurzel her anzupacken, wird nun lediglich eine Studie zur Untersuchung des Polizeialltags auf den Weg gebracht. Der Einzeltäter*innen-Mythos wird so verewigt und Seehofer rechtfertigt weiterhin Ungleichheiten, indem er sie auf einzelne Individuen zurückführt.

Mit Blick auf die Behandlung von Geflüchteten ist die deutsche Polizei jedoch längst nicht die einzige Behörde, die rassistische Gewalt anwendet. Schutzsuchende sind schon viel früher strukturellen und institutionellen rassistischen Handlungen ausgesetzt. Auf dem Mittelmeer endet die ganz bewusst unterlassene Hilfeleistung und immer fortwährende Kriminalisierung von Seenotrettung täglich tödlich. Dadurch, dass Menschenleben von Geflüchteten in Seenot zur Verhandlung gestellt werden, ist dies jedoch schon lange nichts mehr, womit die europäische Öffentlichkeit zu schockieren wäre. Genau so wenig wie durch illegale Pushbacks, die unter Beteiligung diverser europäischer Staaten an der europäischen Tagesordnung stehen und verhindern, dass Geflüchtete an einen sicheren Ort gelangen. Die Asylanträge in der EU sind im letzten Jahr um fast ein Drittel gesunken - am Ende sind das doch die Nachrichten, die Europas Politiker*innen interessieren. Wen kümmert es bei dieser “grandiosen” Zahl schon, dass sich hinter diesem Drittel Menschen verbergen, die als Preis dafür, dass wir die Festung Europa immer weiter aufrecht erhalten, irgendwo elendig sterben.

Diejenigen, die es mit viel Glück geschafft haben, europäischen Boden zu erre-

ichen, müssen dann allerdings erst einmal Europas Vorzeige-Abschreckungscamps überleben. “If you did not die in war, welcome to your new death in the camps of Europe.”, so bezeichnet ein Geflüchteter in Moria die Camps auf Lesbos. Das Elend wartet jedoch nicht nur in Höllencamps auf den ägäischen Inseln oder in der Obdachlosigkeit im eisigen Winter Bosniens. Es wartet auch in deutschen Sammelunterkünften für Geflüchtete. Die Perspektivlosigkeit, mit der viele Menschen dort konfrontiert sind, wurde jetzt in Pandemie-Zeiten dadurch übertroffen, dass diverse Sammelunterkünfte in Massen-Quarantänen völlig von der Außenwelt abgeschottet wurden. Außerhalb der Unterkunft zermürben das Landesamt für Flüchtlingsfragen, Jobcenter und Ausländerbehörden mit ewig dauernder Bürokratie und behördlicher Willkür bei lebensentscheidenden Fragen wie etwa der Arbeitserlaubnis, von der nicht selten der Aufenthaltstitel und damit die komplette Zukunft der Menschen abhängt.

Es gibt noch zahlreiche andere Beispiele für strukturellen und institutionellen Rassismus, mit dem geflüchtete Menschen tagtäglich konfrontiert sind. Aber nehmen wir einmal an, das alles ist geschafft. Nehmen wir den unwahrscheinlichen Fall an, dass eine geflüchtete Person all die genannten lebensgefährlichen Strapazen und Herausforderungen überstanden hat und nun eine “sichere Bleibeperspektive” in Deutschland hat - “Sicher” wird ihr Leben niemals sein. In einem Land, dessen Innenminister die Migration als “die Mutter aller Probleme” bezeichnet, kann es schlicht keine Sicherheit für Menschen mit migrantischer Geschichte geben. Der Anschlag in Hanau vor einem Jahr zeigt ganz klar, dass Black Indigenous People of colour hier weder in Sicherheit leben können, noch von der Polizei oder irgendeiner Behörde ausreichend geschützt werden. Das muss sich ändern, und zwar sofort!

Die Initiative 19. Februar sagt dazu: “Es braucht eine praktische Entnazifizierung – der Ämter und Institutionen, der Polizei und Behörden. Der strukturelle Rassismus muss konsequent und überall bekämpft werden, genauso wie der Alltagsrassismus, den alle Hinterbliebenen nur allzu gut kennen.” Die Hinterbliebenen fordern lückenlose Aufklärung, Konsequenzen und werden keine Ruhe geben.

Und wir werden mit ihnen keine Ruhe geben. Denn erinnern heißt verändern. Die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano sagte letztes Jahr im Zusammenhang mit den Anschlägen von Hanau: “Wehret den Anfängen ist nicht mehr. Denn wir sind mittendrin im Kampf gegen den Rassismus.”

Diesen Kampf sind wir bereit zu kämpfen. Wir kämpfen so lange, bis es eine funktionierende staatliche Seenotrettung gibt; bis menschenunwürdige Camps aufgelöst und Menschen evakuiert werden; bis Geflüchtete in Deutschland mit Würde behandelt werden, während ihnen Chancengleichheit gewährt wird; bis Nazis entwaffnet sind; bis rassistische Strukturen innerhalb der Polizei und Behörden aufgelöst wurden; und bis kein nicht-weißer Mensch mehr um sein Leben fürchten muss. Das mag utopisch klingen, aber wir sollten in Utopien denken. Denn wie die Politikwissenschaftlerin Emilia Roig anmerkte, basierte gesellschaftliche Veränderung schon immer auf vermeintlich abwegigen Ideen.

“Hanau muss die Endstation sein”, fordern die Angehörigen der Opfer, und dem können wir nur solidarisch beipflichten.

“Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst”, schrieb Ferhat Unvar vor einiger Zeit in einem Gedicht, bevor er letztes Jahr in Hanau bei dem rassistischen Anschlag getötet wurde. Wir vergessen euch nicht. Niemals.